

# **„Steuersenkungen auf Pump? Ohne uns!“**

Quelle: www-spd.de - 27. Juni 2011

**Der Staat ist hochverschuldet, das ganze Bildungssystem, Städte und Gemeinden stark unterfinanziert. Deshalb lehnt SPD-Chef Sigmar Gabriel die von der Koalition geplanten Steuersenkungen entschieden ab. Vielmehr müsse man überlegen, wie man Geringverdiener mit einer Senkung der Sozialabgaben entlaste, sagt Gabriel der „Welt am Sonntag“.**

**Welt am Sonntag: Herr Gabriel, die schwarz-gelbe Koalition hat Steuersenkungen angekündigt. Zieht die SPD da mit?**

Sigmar Gabriel: Die Regierung plant einen glatten Verfassungsbruch. Daran werden wir uns mit Sicherheit nicht beteiligen.

**Welt am Sonntag: Das Grundgesetz verbietet doch keine Entlastung der Bürger.**

Gabriel: Wir haben in der großen Koalition die Schuldenbremse in die Verfassung gebracht. Seitdem darf der Staat keine dauerhaften Mehrausgaben verursachen, wenn er dafür nicht gleichzeitig dauerhafte Mehreinnahmen hat. Die Regierung verstößt gegen diese Regel. Sie will zehn Milliarden Euro für ein Wahlgeschenk ausgeben. Das ist eine Steuersenkung auf Pump – und damit ein glatter Bruch der Schuldenbremse.

**Welt am Sonntag: Die Regierung erfüllt ein Versprechen, für das sie gewählt worden ist. Was soll daran verwerflich sein?**

Gabriel: Versprechungen, die gegen die Verfassung verstoßen, sind immer verwerflich. Wenn man sie dann gegen jeden Sinn und Verstand durchboxen will, können solche Versprechen außerdem noch gefährlich werden. Was passiert denn, wenn die Wirtschaft wieder einmal etwas schlechter läuft? Oder die Zinsen für unsere Schulden steigen? Oder aus dem Euro-Raum weitere Belastungen drohen?

Aber statt auch an morgen zu denken, versucht Frau Merkel nur, die Schwindsucht ihres Koalitionspartners aufzuhalten. Und das zulasten Deutschlands.

**Welt am Sonntag: Wirtschaftsminister Rösler sagt, die Staatseinnahmen würden so stark steigen, dass beides geht: Steuersenkung und Abbau des Defizits.**

Gabriel: Deutschland ist mit 1,8 Billionen Euro verschuldet. Angenommen, wir würden ab heute keine neue Schulden mehr machen, alle Gläubiger würden auf

ihre Zinsen verzichten und wir würden jeden Monat eine Milliarde Euro Schulden zurückzahlen – dann bräuchten wir immer noch 150 Jahre, um schuldenfrei zu sein.

Wir leben auf Kosten unserer Enkel und Urenkel, denn die müssen das alles bezahlen. Um das endlich zu beenden, haben wir die Schuldenbremse in die Verfassung gebracht. Und es ist eine angeblich „bürgerlich-liberale“ Regierung, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dagegen verstößt.

**Welt am Sonntag: Der Fiskus verzeichnet Rekordeinnahmen, er nimmt den Bürgern so viel wie nie. Warum sollte die Regierung nicht wenigstens einen Teil davon zurückgeben?**

Gabriel: Was hat ein Arbeitnehmer von der Steuersenkung, wenn wegen der steigenden Staatsverschuldung die Inflation steigt und sein Geld immer weniger Wert ist? Oder wenn bei ihm die Kindergartengebühren steigen, weil die Städte und Gemeinden pleite sind?

Schon heute muss die Bundesrepublik jeden Tag 100 Millionen Euro für Zinsen zahlen. Zu hohe Staatsschulden sind unsozial. Über die Staatsverschuldung kann sich nur der freuen, der reich genug ist, sich an Banken zu beteiligen, die dem Staat immer mehr Geld leihen.

**Welt am Sonntag: Aus Ihren Worten spricht der Glaube an den allmächtigen Staat. Die Einnahmen steigen und steigen – und sie suchen nun neue Felder, auf denen man das Geld ausgeben kann, statt den Bürgern mal etwas zurückzugeben. Warum tun Sie sich so schwer, mal Felder zu benennen, auf denen sich der Staat zurückziehen kann?**

Gabriel: Ich sehe einen immer schwächeren Staat, dessen Bürger immer unzufriedener mit ihm sind. Erklären Sie Ihre These vom allmächtigen Staat doch bitte mal einer Mutter, deren Kind in verrotteten Klassenräumen unterrichtet wird – wenn die Schulstunde nicht gerade ausfällt, weil es zu wenig Lehrer gibt. Viele Bereiche – das ganze Bildungssystem, Städte und Gemeinden – sind katastrophal unterfinanziert. Wer das ändern will, der muss konsequent die Schulden senken, damit wir weniger für Zinsen und mehr für Schulen ausgeben können.

**Welt am Sonntag: Die SPD wird die Steuersenkung im Bundesrat also blockieren?**

Gabriel: Ja. Steuergeschenke auf Pump machen wir nicht mit.

**Welt am Sonntag: Sie könnten in Argumentationsnot geraten. Immerhin wollen Union und FDP die unteren und mittleren Einkommensbezieher entlasten – also die Klientel der Sozialdemokraten.**

Gabriel: Das ist ein Ammenmärchen. Mehr als 40 Prozent der deutschen Haushalte zahlen gar keine Einkommensteuer mehr. Denn die SPD hat in ihrer Regierungszeit für die niedrigen und mittleren Einkommen die Steuern drastisch gesenkt. Diese Einkommensgruppen werden durch die Sozialabgaben und nicht durch zu hohe Steuern belastet.

Wer keine Steuern zahlt, wird von den Steuergeschenken von CDU und FDP auch nichts abbekommen. Alle CDU/FDP-Steuermodelle bleiben sich treu: Oben gibt es ganz viel, in der Mitte und unten wenig bis nichts. Es ist und bleibt eine Klientel-Koalition, die sich um das Gemeinwohl nichts schert.

### **Welt am Sonntag: Unions-Fraktionschef Kauder bringt die Senkung von Sozialabgaben ins Gespräch. Geht da was?**

Gabriel: Die Sozialabgaben in Deutschland sind so hoch, weil sie weitgehend von den ganz normalen Einkommensgruppen bezahlt werden müssen. Wir haben doch eine völlig paradoxe Situation in Deutschland: je besser Sie verdienen, desto mehr sind Sie von der zwischenmenschlichen Solidarität befreit. Wenn Sie sehr gut verdienen, müssen Sie nur für sich selbst privat vorsorgen. Wenn Sie dagegen wenig oder durchschnittlich verdienen, müssen Sie für sich und für alle anderen in Ihrer Einkommensgruppe mit vorsorgen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECD) weist jedes Jahr darauf hin, dass gerade die hohen Einkommen, die jetzt durch CDU/CSU und FDP eine Steuersenkung erhalten sollen, bereits heute bevorzugt sind. Dagegen werden bei uns vor allem Alleinerziehende und Geringverdiener durch die Sozialabgaben zu stark belastet. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese Menschen entlasten.

### **Welt am Sonntag: Dann denken Sie doch mal.**

Gabriel: Für die SPD gilt in jedem Fall: Keine Mehrausgaben auf Pump! Wenn Herr Kauder allerdings für seine dauerhafte Senkung der Sozialabgaben dauerhaft den Spitzensteuersatz anheben will, dann kann er mit uns reden.

### **Welt am Sonntag: Werden Sie darüber mit der Regierung verhandeln?**

Gabriel: Wenn die Union sich da bewegen will, kann sie gerne auf uns zukommen.

### **Welt am Sonntag: Wenn Sie die Bundesregierung blockieren, könnte diese auf die Idee kommen, den Solidaritätszuschlag abschaffen. Dazu braucht sie die SPD im Bundesrat nicht. Wollen Sie das?**

Gabriel: Ich gewiss nicht, aber der FDP traue ich das ohne Weiteres zu. Mal abgesehen davon, dass auch das nur durch Schulden bezahlt würde: Es wäre eine Umverteilung zugunsten der ganz hohen Spitzeneinkommen.

**Welt am Sonntag: Der schwarze Peter läge dann bei Ihnen, weil Sie das andere Entlastungsmodell blockiert haben.**

Gabriel: Ich glaube, dass die Zeit vorbei ist, in der Politiker Wahlversprechen auf Pump machen können. Ich will ja gar nicht so tun, als sei Steuern zahlen per se schön, oder als gäbe es keine Ungerechtigkeiten im Steuertarif. Aber wir müssen doch die Menschen auch fragen: Wie viel Schulden wollen wir denn noch machen in Deutschland? Und wollt ihr wirklich, dass wir das alles unseren eigenen Kindern und Enkeln aufbürden?

**Welt am Sonntag: Finanzminister Wolfgang Schäuble hat Steuersenkungen ebenfalls abgelehnt. Offenbar konnte er sich nicht durchsetzen. Tut er Ihnen leid?**

Gabriel: Ja, denn ich schätze ihn wirklich sehr. Er musste ja nicht nur bei den Steuern nachgeben. Auch bei der Bekämpfung der Euro-Krise hat er recht – aber Merkel hört nicht auf ihn. Sie agiert immer als Parteivorsitzende und nie als Kanzlerin. Ihre Koalition ist ihr wichtiger als Deutschland und Europa.

**Welt am Sonntag: Sie wollen wie Schäuble immer mehr Milliarden nach Athen überweisen?**

Gabriel: Hätten sich kluge Leute wie der frühere SPD-Finanzminister Peer Steinbrück durchgesetzt, wären es weniger. Denn es ist doch das Zaudern und Taktieren von Angela Merkel, das alles teurer gemacht hat. Der harte Schuldenschnitt wäre auch nichts, was Menschen in Deutschland begeistert, denn auch den müssen wir mitfinanzieren. Aber er hätte gewirkt.

Es glaubt uns doch kein Mensch mehr, wenn wir alle drei Monate behaupten, nun aber hätten die Staats- und Regierungschefs mit einem weiteren Rettungspaket die Sache im Griff. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

**Welt am Sonntag: Zurück ins Inland: Es gab Zeiten, da fand es auch die SPD richtig, die ständig steigenden Abgaben zu begrenzen und Bürger zu entlasten. Es war Kanzler Gerhard Schröder, der den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt hat.**

Gabriel: Ich habe das bereits damals für problematisch gehalten. Wir sollten aus der Erfahrung lernen, dass man Politik nicht auf dem Prinzip Hoffnung aufbauen kann. Niemand kann wirtschaftliches Wachstum auf Jahre hinaus sicher voraussagen. Deshalb darf man darauf auch keine Steuersenkungen aufbauen.

**Welt am Sonntag: Aber man kann Wirtschaftswachstum stimulieren – indem man die Steuerzahler entlastet. Die können dann mehr ausgeben.**

Gabriel: Die Behauptung, dass man Wirtschaftswachstum schafft, indem man die

oberen Einkommensgruppen – und da wirken nun mal alle Vorschläge – entlastet, ist schlicht falsch. Die Gutverdiener geben das Geld nicht aus, sondern legen es aufs Sparbuch. Das nützt der Konjunktur kein bisschen. Wenn man Konsum und Binnenfrage ankurbeln will, geht das nur über die Entlastung der mittleren und unteren Einkommensgruppen bei den Sozialabgaben.

**Welt am Sonntag: Sie wollen also Schröders Steuerreform wieder rückgängig machen?**

Gabriel: Nein, die Steuersenkung für die Geringverdiener war ja richtig. Es geht aber auch um die immer weiter wachsende Schere zwischen der Belastung von Leistung und Arbeit auf der einen Seite und der fehlenden Belastung von hohem Vermögen. Immer mehr Menschen haben richtig große Vermögen, und damit meine ich nicht das Einfamilienhaus.

Ich habe nichts gegen Reichtum, im Gegenteil. Ich finde, es gibt zu wenige Millionäre in Deutschland und nicht zu viele. Aber der Staat wird gegenwärtig vor allem durch die Arbeitnehmer finanziert. Das kann auf Dauer nicht so bleiben. Die Vermögensteuer steht im Grundgesetz. Sie ist keine Erfindung von Rosa Luxemburg, sondern von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard.